

Anke Geier

## Die Friedliche Revolution 1989/90 in Suhl. Akteure, Ereignisse und Folgen<sup>1</sup>

In Suhl und Umgebung existierte seit den 1970er Jahren eine kleine oppositionelle Szene. Mit diversen Aktionen zogen sie die Aufmerksamkeit der Staatssicherheit auf sich. Ihre symbolischen Proteste und ihr kontinuierliches Wirken gegen das diktatorische SED-System erreichten im Herbst 1989 mit öffentlichkeitswirksameren Aktionen ihren Höhepunkt. Die Ereignisse in Berlin, Leipzig, Dresden, Erfurt und anderen Städten der DDR ermutigten dann auch die Zivilgesellschaft in Suhl auf die Straße zu gehen: Am 4. November 1989 fand die erste Großkundgebung in Suhl statt, bei der etwa 20.000 Menschen für Freiheit und Demokratie demonstrierten. Einen Monat später wurde die Suhler „Stasi-Burg“ „belagert“ und die bereits begonnene Aktenvernichtung gestoppt.

Ich möchte Ihnen heute die verschiedenen Akteure widerständigen Verhaltens im Suhler Raum aufzeigen und die wesentlichen Ereignisse und Folgen der Jahre 1989 und 1990 skizzieren.

Ich habe meinen Vortrag mit Fotografien, Grafiken und Bildern unterlegt, um das Gesagte anschaulich zu illustrieren. Mein besonderer Dank geht an das Stadtarchiv Suhl, das einige dieser Fotoschätze aufbewahrt und mir für den Vortrag freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat. Dankenswerter Weise wird das Stadtarchiv nach der Fertigstellung des Kulturhaus-Portalgebäudes<sup>2</sup>, dem Suhler „Haus der Geschichte“, dann auch endlich diese Schätze archivwürdig unterbringen können. Sofern der Urheber des Fotos bekannt ist, habe ich dies in der Bildunterschrift angegeben.

### Akteure

Betrachtet man die Akteure, die im Herbst 1989 in Suhl verstärkt auf den Plan treten, wird deutlich, dass widerständiges Verhalten im Suhler Raum schon sehr viel früher existierte und der DDR-Geheimdienst, das Ministerium für Staatssicherheit, auf die verschiedenen Gruppen schon früh aufmerksam wurde.<sup>3</sup>

---

1 Vortrag bei der Veranstaltung „Einblicke in die Burg. Bürger- und Informationstag in der ehemaligen Stasi-Bezirksverwaltung Suhl“ am 8. Dezember 2018 in Suhl.

2 Siehe <https://www.save-kulturhausportal-suhl.de/>, zuletzt abgerufen am 12.12.2018.

3 Vgl. zu den Ausführungen über die Suhler Akteure und Ereignisse 1989/90 v.a. Wurschi, Peter: „...und sie wachten auf in Nordrhein-Westfalen!“ Die Entwicklung der Opposition in Suhl und ihr Wirken im Herbst 1989, hrsg. vom Bürgerkomitee des Landes Thüringen e.V., Zella-Mehlis 2002

An dieser Stelle bietet es sich an einen knappen Exkurs in die Entwicklung der oppositionellen Strömungen in der DDR zu machen. Die Opposition in der DDR entwickelte sich erst spät, anders als in den übrigen osteuropäischen Staaten. Als Entstehungs- und Blütezeit werden die Jahre zwischen 1979 und 1989 angesehen. Den Prozess der Entstehung einer DDR-Opposition förderte in erster Linie die evangelische Kirche.

Verstärkte Aktivitäten der Kirche und in ihren Basisgruppen wurden nach der Einführung des sogenannten Wehrunterrichtes im Jahr 1978 registriert. Der „Wehrunterricht“ war Teil der Wehrerziehung und betraf alle Schüler der 9. und 10. Klassen der Polytechnischen und Erweiterten Oberschulen. Die Teilnahme war für alle Schüler und Schülerinnen verpflichtend. Die Befreiung vom Wehrunterricht aus beispielsweise religiösen Gründen war in der Regel nicht möglich. Eltern, die den Wehrunterricht ihrer Kinder verweigerten, galten als politisch unzuverlässig und gerieten in das Visier der Staatssicherheit. Gegen die Einführung des Wehrunterrichtes protestierten im Juni 1978 die Evangelische und die Katholische Kirche. Die Evangelische Kirche erarbeitete dann in der Folgezeit das Konzept „Erziehung zum Frieden“ und verstärkte ihr friedenspolitisches Engagement. Überhaupt öffnete sich die evangelische Kirchenbasis nun für Jugendliche und die kritische Öffentlichkeit. Sie gab Raum für Diskussionen, beispielsweise in der Studentengemeinde, mit der „offenen Arbeit“ und in der „Jungen Gemeinde“.

Anfangs wurde vor allem über Friedensthemen gesprochen, die entstehenden Gruppen waren überwiegend pazifistisch motiviert, auch angesichts der Weltlage, die am Ende der 1970er Jahre und am Anfang der 1980er Jahre Anlass zur Sorge bereitete: 1979 beschloss die NATO die Aufstellung neuer mit Atomsprengköpfen bestückter Raketen in Westeuropa. Die NATO begründete dies mit der Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen in den Ostblockstaaten seit 1976 - ebenfalls mit nuklearen Sprengköpfen. Im Prinzip intensivierte sich der Kalte Krieg mit diesem gegenseitigen Hochrüsten.

Innerhalb der verschiedenen Gruppen, die sich unter dem Dach der Kirche fanden, kam es zu einem zunehmenden Loyalitätsverlust gegenüber dem Staat. Die oppositionellen Gruppen vernetzten sich immer stärker, auch nutzten sie hierfür die

---

sowie Weißbrodt, Daniel: Die Wende in Suhl. Das Umbruchjahr 1989/90 in der Bezirkshauptstadt Suhl, hrsg. vom Bürgerkomitee des Landes Thüringen e.V., Zella-Mehlis 2002.

Strukturen zur Kommunikation und ganz praktisch die Vervielfältigungsapparate der Kirche.

Ab Mitte der 1980er Jahre veränderte sich die Ausrichtung der Gruppen. Sie orientieren sich nun stärker an Umweltthemen. Die Staatspartei SED konnte den Umweltgruppen nicht von vornherein unterstellen, gegen die DDR zu sein. Am vorherrschenden Bild einer „heilen DDR“ kratzten die Umweltgruppen dennoch, beispielsweise durch ihre Eingaben und Forderungen nach mehr Transparenz von Umweltdaten. Nach offizieller Verlautbarung der SED-Führung gab es nämlich in der DDR keinen Smog, kein Waldsterben oder sauren Regen. Die Umweltzerstörung wurde systematisch verschwiegen. So wurden Havarien in Industrieanlagen mit katastrophalen Folgen für die Umwelt vertuscht. Hierbei half v.a. auch die Staatssicherheit.

Landesweit und regional vernetzten sich die Umweltgruppen immer stärker. Auch die Umweltgruppe Suhl, die eng mit dem Einkehrhaus Bischofrod verbunden war, vernetzte sich mit anderen Umweltgruppen in der DDR. Ziel der Umweltgruppen war es, eine Verbesserung der Lebenssituation in der DDR zu erreichen.

Ab 1986 nabelten sich einige Gruppen allmählich von der Kirche und ihrem schützenden Raum ab, beispielsweise die „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ in Berlin. Diese Gruppe verstand sich von Beginn an als politische Gruppe und zielte darauf ab, den real-existierenden Sozialismus zu überwinden. Bedingt durch die Ereignisse in der Sowjetunion - 1986 kommt Michael Gorbatschow an die Macht und initiiert Reformen und auch in Polen und Ungarn verändert sich die politische Situation – bedingt also durch diese Ereignisse politisierten sich die alternativen Gruppen und wurden mutiger. Die Forderungen nach Gewaltenteilung, Pressefreiheit und demokratischen Wahlen wurden lauter formuliert. Auch innerhalb der SED gab es Mitglieder, die diese Forderungen mittrugen. Schließlich bekamen auch die DDR-Bürger, die sich nicht in solchen Initiativen engagierten oder Kontakt hierzu hatten, mit, dass es eine Opposition gegen die DDR-Regierung und ihre Herrschaftsstrukturen gab. Mit der Herstellung dieser Öffentlichkeit konnte die SED die oppositionellen Strömungen auch nicht mehr wie üblich gewaltsam bekämpfen, sondern reagierte konzeptlos.

Das Fass zum Überlaufen brachte dann das Auslieferungsverbot der beliebten sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ im November 1988. Seit Glasnost und Perestroika

in der Sowjetunion griff die Zeitschrift Tabuthemen auf, wie zum Beispiel die Verbrechen Stalins. So auch in der von der SED-Führung verbotenen Ausgabe. Diese Sputnik-Ausgabe „Stalin und der Krieg“ enthielt einen Artikel über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt, in dem auch die Aufteilung Polens thematisiert wurde. Offiziell leugnete die SED bis dahin diesen Pakt zwischen Hitler und Stalin, der im Jahr 1939 geschlossen wurde, da diese Darstellung nicht dem offiziell propagierten Geschichtsbild der DDR entsprach. Durch das Auslieferungsverbot dieser Sputnik-Ausgabe wurde der Unmut in der DDR durch die SED-Führung weiterangeheizt, selbst innerhalb der Partei gab es hierüber Auseinandersetzungen. Das Sputnik-Verbot entfremdete die SED von ihren loyal-reformorientierten Anhängern. Es gab DDR-weit enorme Proteste. Das Wort „Sputnik“ wurde nun zum Synonym für die Unterdrückung der Meinungs- und Pressefreiheit durch die SED.

Aber nicht nur durch das Sputnik-Verbot schwand in der Bevölkerung zusehends der Glaube an die Macht des herrschenden Sozialismus. Die Realität offenbarte zusehends Widersprüche. Vor allem die reale wirtschaftliche Situation ab Mitte der 1980er Jahre hätte jedem DDR-Bürger die eigentliche Schieflage zwischen Propaganda und Wirklichkeit verdeutlichen müssen. Aber die Krise, die die SED-Wirtschaftspolitik auslöste, konnte nicht gelöst werden. Die Verschuldung der DDR stieg in den 1980ern enorm an, es wurde auf Teufel komm raus versucht, Devisen zu beschaffen, Investitionen in die Infrastruktur gab es seit vielen Jahren nicht mehr. Die Städte und Dörfer verfielen. Und da sich der Staat aber einen Großteil der Loyalität des Volkes mit dem Versprechen auf bessere Lebensbedingungen „erkaufte“, sank das loyale Verhalten seiner Bürger am Ende der 1980er Jahre, als sich die wirtschaftliche Krise der DDR zuspitzte.

### **Suhler Akteure**

Kommen wir nun zu den Suhler Akteuren: In Suhl waren zwei, zunächst voneinander unabhängige, „Milieus“ aktiv, in denen der Wille nach Veränderung zunehmend lauter artikuliert wurde. Das waren zum einen vor allem christlich-ökologische Gruppen und zum anderen Künstler und kulturschaffende Personen.

In Suhl entwickelte sich eine kleine Künstlerszene, die als typische Kulturopposition bezeichnet werden kann, d.h. die sich ins Private zurückzog und sich weitgehend „apolitisch“ verhielt. Bekanntester Vertreter dieses Suhler Szene war Siegfried Geißler,

der beispielsweise 1976 eine private Kunstausstellung in seiner Wohnung organisierte und sich 1988 dem Freundeskreis der Künstler und Kulturschaffenden anschloss. Dieser Freundeskreis junger künstlerisch tätiger Menschen traf sich seit den 1980er Jahren, um zu musizieren, zu diskutieren und über Staat, Kunst, Partei usw. zu philosophieren. Ein wesentliches Ereignis, das vom Freundeskreis initiiert wurde, war der „Heinrichser Hofsommer“ ab 1984. Die Kunstausstellungen im Hof der Gaststätte „Zur alten Post“ in Suhl-Heinrichs wurden als Gegenpol zu den offiziellen Bezirkskunstausstellungen der SED empfunden und entwickelten sich zum bedeutendsten Künstlerfest im Suhler Raum. Es war zwar primär unpolitisch, dennoch wirkte es politisch in den Gesprächen der einheimischen Künstler und Besucher.

Die Suhler Kirchengruppen profitierten in gewisser Weise davon, dass die evangelische Kirche im Suhler Raum selbständiger organisiert war als andere Kirchengemeinden in Thüringen. Die staatlichen Organe hatten weniger Einflussmöglichkeiten über die Bischöfe auf die Pfarrer vor Ort, d.h. es konnten basisdemokratische Strukturen entstehen, die Diskussionen über einen zu reformierenden Sozialismus möglich machten. Die kirchlichen Mitarbeiter in Suhl trugen dieses Gedankengut in die Gemeinden und in die Jugendarbeit. So gab es in Suhl ab 1977 den Jugendkreis, der als „Montagskreis“ bezeichnet wurde und der der kirchlichen Friedensbewegung der DDR zugerechnet werden kann. Dieser wöchentliche Gesprächs- und Freundeskreis umfasste Mitglieder der Jungen Gemeinde und Jugendliche aus der katholischen Kirche. Ab dem Spätsommer 1982 wurde mehr „offene Arbeit“ gewagt. Die Jugendlichen luden nun verstärkt zu Diskussionen über Umwelt- und Friedensthemen ein. Um die Jahre 1982/83 hatte der Montagskreis etwa 50 Mitglieder, von denen 19 den „harten Kern“ bildeten. Unterstützung fanden die jungen Leute durch den Jugenddiakon und Kreisjugendwart Jürgen Wollmann.

Der „Hausfriedenskreis Suhl“ gründete sich 1984 aus den Mitgliedern der Jungen Gemeinde der Evangelischen Kirche in Suhl und anderen pazifistisch gesinnten Jugendlichen. 1989 wurden ihm ca. 10 Mitglieder zugerechnet. Die Staatssicherheit sah wiederum den Kreisjugendwart Jürgen Wollmann als Organisator dieses „Hausfriedenskreises“.

Außerhalb der kirchlichen Räume lud die evangelische Jugend ab 1979 zum sogenannten „Maisprung“ ein. Jugendliche aus Thüringen und sogar aus Berlin trafen sich in der Kirche und zogen zum Domberg, um gemeinsam zu feiern.

1982/83 etablierte sich in der Jungen Gemeinde Suhl die Umweltbewegung. Es gab Diskussionen über das geplante Heizkraftwerk, dass in der Struth zwischen Suhl und Zella-Mehlis errichtet werden sollte.

Die Junge Gemeinde war am aktivsten in den Jahren zwischen 1980 und 1984, mindestens 6 IMs waren auf die Gruppe angesetzt. Ab 1985 engagierten sich auch Suhler Punker in diesem Kreis. In der Kirche bekamen sie einen Proberaum gestellt, zeigten aber wenig Interesse an der sonstigen Arbeit der Jungen Gemeinde. Im Herbst 1988 kam es zum Eklat, als ein Punk-Konzert im Jugendraum der evangelischen Jugend mit einer Schlägerei zwischen Punks und Skinheads endete.

Erneuter Aufwind für die Junge Gemeinde kam dann mit den Ereignissen im Herbst 1989.

Ein weiterer wichtiger Ort, der sich zwar nicht in Suhl direkt befand, aber für die Herbstereignisse 1989 entscheidend war, war das Einkehrhaus Bischofrod.<sup>4</sup> Das Einkehrhaus in Bischofrod, etwa 15 Kilometer von Suhl entfernt, entstand 1981. Das Pastorenehepaar Annemarie und Bernd Winkelmann und das befreundete Ehepaar Karla und Hilmar Fahr lebten im alten Pfarrhaus und praktizierten eine alternative Lebensweise. Ökologischer Gartenbau, alternative Energieversorgung standen ebenso im Mittelpunkt wie die Themen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung und des „verbesserlichen Sozialismus“. Das Einkehrhaus entwickelte sich zum Zentrum der Südthüringer Umweltarbeit und der oppositionellen Arbeit. 1984 fand beispielsweise ein Umwelttag im Einkehrhaus Bischofrod statt. Dieser Umwelttag war einer der ersten Höhepunkte in der kritischen Umweltarbeit. Motto dieses Umwelttages am 3. Juni 1984 war „Mobil ohne Auto“. Etwa 130-150 Leute aus der Region kamen zusammen. Das Einkehrhaus Bischofrod lud zum Umwelttag auch Vertreter des Staates ein. Die Suhler SED, Polizei und Staatssicherheit versuchte mit erheblichem Aufwand die Teilnahme der Suhler und Zella-Mehlisser Bürger zu verhindern.

---

4 Vgl. zum Einkehrhaus Bischofrod und den christlichen Basisgruppen im Suhler Raum v.a. Winkelmann, Bernd: Friedliche Revolution 1989/90 – Das Wirken christlicher Basisgruppen. Ein Erfahrungsbericht aus dem ehemaligen Bezirk Suhl, Leipzig und Hildburghausen 2009 und die Webseite des Einkehrhauses: <http://www.einkehrhaus.de/>, zuletzt abgerufen am 12.12.2018.

Gleichzeitig entstanden Mitte der 1980er Jahre weitere Gruppen der Umweltarbeit im Raum Suhl: Der „Ökumenische Arbeitskreis für Umweltfragen“ in Suhl, der ca. 20 Personen umfasste. Vor allem die Mitarbeiter der evangelischen Kirche trugen die oppositionelle Arbeit dieses Arbeitskreises. Der „Ökumenische Arbeitskreis für Umweltfragen“ war dann im Herbst 1989 mit anderen Gruppen Initiator der ersten Aktionen in der Stadt. Weiterhin gab es im Umkreis von Suhl den „Gesprächskreis für Frieden und Ökologie“ Meiningen, den ökologischen Arbeitskreis Ilmenau und die Umweltgruppe Schmalkalden. 1987 entstand die erste Umweltgruppe in Suhl, die außerhalb der Kirche organisiert war. Der Schüler Stefan Gunkel gründete die „Arbeitsgruppe Umweltschutz“ an der Erweiterten Oberschule Suhl, sehr zum Ärger der Schulleitung.

Daneben gab es noch weitere kleine Gruppen, auf die ich nicht näher eingehen kann. Viele der Arbeitskreise und Gruppen vernetzten sich inoffiziell untereinander und arbeiteten zusammen. Träger des oppositionellen, widerständigen Verhaltens in Suhl waren ganz klar die Kirchengruppen, die sich auch in Umweltfragen engagierten. So waren die ersten Veranstaltungen und Versammlungen des Umbruchs Gottesdienste und die Forderungen der ersten Demonstranten waren geprägt vom christlich-ökologischen Milieu und blieben demnach stets friedlicher Natur.

## Ereignisse

Meine Ausführungen zu den wesentlichen Ereignissen der Friedlichen Revolution in Suhl habe ich zwischen die beiden Daten 7. Mai 1989 und 5. Dezember 1989 gepackt. Sicherlich war mit dem „Sturm auf die Suhler Stasi-Burg“ im Dezember vor 29 Jahren die Friedliche Revolution noch lange nicht abgeschlossen, aber auf die späteren Ereignisse gehe ich im Punkt „Folgen“ ein.

Am **7. Mai 1989** standen in der DDR **Kommunalwahlen** an. Es sollten Volksvertreter in den Gemeinden, Städten und Kreisen gewählt werden. Es wurde die letzte Wahl in der DDR, in der nach Einheitslisten der Nationalen Front gewählt wurde. Schon vor der Wahl kam es verstärkt zu Aufrufen zum Nichtwählen. Der Unmut vieler Bürger über kommunale Missstände und die schlechte Versorgungslage wurde schon vor der Wahl deutlich. Bei der letzten Volkskammerwahl im Jahr 1986 gab es zudem Vorwürfe der Wahlfälschung, daher verabredeten sich oppositionelle Gruppen nun zur Beobachtung der Auszählung der Stimmen bei dieser Kommunalwahl. Schließlich konnten

Bürgerrechtler nachweisen, dass die in den Wahllokalen direkt bei der Auszählung dokumentierte Zahl der Nein-Stimmen in der Summe größer war als das offiziell angegebene Endergebnis. In beinahe allen Wahlkreisen wurden von den Beobachtern deutlich mehr Nein-Stimmen registriert, als vom Staat offiziell bekanntgegeben. Vor allem innerhalb der Kirche wurden diese Wahlfälschungen diskutiert und mittels Flugblättern hierüber berichtet. Diese erstmals bewiesene Wahlfälschung stärkte die Oppositionsbewegung. Fortan kam es an jedem 7. des Monats in Ostberlin vor den Kirchen und auf dem Alexanderplatz zu Demonstrationen gegen diesen Wahlbetrug und für Meinungs-, Presse- und Reisefreiheit.

Im Bezirk Suhl verlief die Wahl ruhig ab. In der Stadt Suhl wurde die Stimmauszählung nicht durch oppositionelle Gruppen überwacht. In anderen Gemeinden des Bezirkes, wie Meiningen, Ilmenau, Sonneberg, Schmalkalden, Bibra und Bedheim nahmen dagegen kirchliche Vertreter ihr Recht wahr bei der Auszählung dabei zu sein. Das Wissen um den Wahlbetrug zeigte dennoch in Suhl Wirkung: Man diskutierte über das Ergebnis und es mehrten sich die Anzeichen, dass eine Veränderung bevorstand.

Die Umweltgruppen aus Suhl, Meiningen und Schmalkalden wurden im Frühjahr 1989 erneut aktiver. Hintergrund war der Beschluss des Rates des Bezirkes, im Marisfelder Flurstück „Teufelsloch“ eine Mülldeponie zu errichten. Bereits seit 1987 kursierten Gerüchte in den drei betreffenden Gemeinden Marisfeld, Schmeheim und Dillstädt, dass ein Deponie-Neubau geplant sei. Die Bevölkerung lehnte die Deponie ab und auch die Umweltgruppen engagierten sich dagegen. Am **8. Juli 1989** fanden sich die Gegner der Deponie in der Marisfelder Kirche ein, um an einem **Umweltgottesdienst** teilzunehmen. Es kamen ca. 130 Besucher. Sie unterschrieben eine Eingabe gegen die Mülldeponie. Die Veranstaltung wurde intensiv von der Staatssicherheit und der Polizei überwacht. Der Umweltgottesdienst setzte aber erste Impulse für viele Bürger und Bewohner der betroffenen Dörfer, sich mit der Umweltarbeit auseinanderzusetzen. Die Mülldeponie wurde nicht mehr gebaut, das Ende der DDR kam dem zuvor. Im Jahr 1992 wurde das „Teufelsloch“ im Übrigen vom Thüringer Umweltministerium als Naturschutzgebiet anerkannt.

Die Feierlichkeiten zum **40. Jahrestag der DDR**, dem „Tag der Republik“, am 7. Oktober waren überschattet von einer Flucht- und Ausreisewelle. Die Ausreiseanträge waren seit dem Frühjahr sprunghaft angestiegen. Als Ungarn dann im Mai 1989 begann, seine Grenzanlagen zu Österreich abzubauen, nutzten 25.000 Menschen die



Möglichkeit durch das Loch im Eisernen Vorhang zu schlüpfen und in den Westen zu fliehen. Auch über die Prager Botschaft der Bundesrepublik Deutschland flohen zwischen August und Oktober Tausende DDR-Bürger. In Leipzig gingen Demonstranten seit September auf die Straße.

In Suhl dagegen verlief der Sommer weitgehend ruhig. Jedoch erwachten die oppositionellen Kräfte. Am 13. September gründete sich die Arbeitsgruppe „Gesellschaftliche Erneuerung“, die sich als offene Plattform verstand. Führende Köpfe waren Superintendent Kretschmann, Pfarrer Vater, Diakon Stiehler und Pfarrer Winkelmann. Mitglieder aus Umweltgruppen und der Jungen Gemeinde schlossen sich an. Gemeinsam beschloss man in Suhl einen Friedensgottesdienst am 8. Oktober abzuhalten. Auch die Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ trat in den Septembertagen das erste Mal an die Öffentlichkeit. Und der Arbeitskreis „Solidarische Kirche“ in Südthüringen beschloss Ende September einen „Offenen Brief“ an die Verantwortlichen des Staates zu schreiben. Ein Auszug hieraus:

*„Während in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Staaten sich der Sozialismus aus seiner antidemokratischen Erstarrung löst und das Volk zunehmend an Wahrheit und Macht teilhaben lässt, blockt die Führung unseres Staates jede Bewegung und Erneuerung und schon die Frage nach ihnen meist ab. Das Aufrechterhalten einer Scheinwirklichkeit in den Medien, die Verweigerung von Information und öffentlicher Auseinandersetzung, die Vorgabe aller Entscheidungen von oben her und die somit ständige Entmündigung der Bürger sowie die Gleichschaltung aller gesellschaftlichen Kräfte haben die Grenzen des Erträglichen erreicht! Tausende Bürger verlassen unser Land, weil sie jede Hoffnung für diese Gesellschaft aufgegeben haben. Die Menschen, die hier bleiben, fallen in Bitterkeit und innere Emigration, oder sie begehren auf. Sie wollen jetzt und hier etwas ändern, um hier bleiben zu können!“<sup>5</sup>*

Dieser Brief wurde ab dem 7. Oktober verbreitet. Gleichzeitig wurde auch der Aufruf des NEUEN FORUM „Aufbruch 89“ vervielfältigt und über die Kirchengemeinden verbreitet. Trotz all dieser Initiativen verliefen in Suhl die Feierlichkeiten zum

---

5 Offener Brief an alle Verantwortlichen unseres Staates und an alle Bürger unseres Landes vom 30.9.1989, in: Bürgerkomitee des Landes Thüringen e.V. (Hrsg.): Aufbruch '89. Kleine Chronik der Herbstereignisse 1989 in der Bezirksstadt Suhl. September bis Dezember, Zella-Mehlis 1994, S. 5-6.

Republikgeburtstag ruhig. Erst der 15. Oktober wurde zum Tag des öffentlichen Protestes.

Zuvor fand in **Leipzig am 9. Oktober** eine Protestdemonstration mit unerwartet hoher Beteiligung statt. Etwa 70.000 Menschen gingen auf die Straße und zogen mit dem Ruf „*Keine Gewalt*“, „*Wir sind das Volk*“ und „*Schließt euch an*“ friedlich durch die Stadt. Im Hinterkopf hatten sie mit Sicherheit die gewaltsamen Ausschreitungen des chinesischen kommunistischen Regimes gegen die chinesische Demokratiebewegung auf dem Platz des Himmlichen Friedens im Juni 1989, als knapp 2.600 Protestler und auch Soldaten bei der gewaltsamen Niederschlagung des Volksaufstandes im Zentrum Pekings starben. In Leipzig aber ziehen sich die etwa 8.000 Sicherheitskräfte zurück. Die Bilder der friedlichen Leipziger Demonstration werden im Westfernsehen gezeigt und verbreiten sich so rasch in der gesamten DDR.

Am **15. Oktober** findet in Suhl das erste **Friedensgebet** in der Suhler Hauptkirche statt. Etwa 2.000 Bürger nahmen teil. Thema des Gottesdienstes war „40 Jahre DDR“. Unter anderen wurden Stellungnahmen der Kirchen und Oppositionellen verlesen und die Suhler Bürger hatten auch die Möglichkeit sich über die Zustände in der DDR zu äußern. Erstmals äußerte sich also die Bevölkerung. Der 15. Oktober war damit für Suhl eine Zäsur. Drei Tage später, am 18. Oktober, schlossen sich die Suhler Musiker der Philharmonie öffentlichkeitswirksam während eines Konzertes der Resolution der DDR-Künstler an und forderten unter anderen das Recht auf freie Wahlen, Reisefreiheit und Machtverzicht der SED. Viele Besucher des Konzertes und die Musiker gingen anschließend in die Hauptkirche und Kreuzkirche, wo wiederum Friedensgottesdienste stattfanden. Diesmal nahmen schon 3.000 Bürger teil. An diesem Abend wurde während der Veranstaltungen in der Kirche, der Rücktritt Erich Honeckers bekannt. Dessen Nachfolger wurde Egon Krenz.

Am 21. Oktober veröffentlichte das FREIE WORT eine Einladung des Suhler Oberbürgermeisters Joachim Kunze, der die Suhler Bevölkerung zu einem „Rathausgespräch“ am 23. Oktober einlud, um die Ereignisse zu besprechen. Bis dahin hatten sich die staatlichen Organe und die öffentliche Presse in Schweigen gehüllt. Als sich dann am **23. Oktober** knapp 2.000 Menschen vor dem Rathaus versammelten, um mit dem Oberbürgermeister und anderen SED-Verantwortlichen ins

Gespräch zu kommen, wird die Veranstaltung kurzerhand in die Stadthalle verlegt. So entwickelte sich das Format des „**Stadthallendialogs**“. Die Bürger forderten mehr Demokratie und Reisefreiheit und kritisierten die Privilegien der SED-Kader vor Ort. Von einem wirklichen Dialog konnte allerdings keine Rede sein. Im **zweiten Stadthallendialog**, eine Woche später am 30. Oktober, nahmen 4.500 Bürger teil. Kurze Zeit später, am 2. November 1989, wurde der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Hans Albrecht, von seinem Amt auf eigenen Antrag entbunden. In einer Pressemitteilung im FREIEN WORT vom 3. November hieß es, dass sich Albrecht nicht mehr den Anforderungen der neuen Zeit gewachsen fühle. Am 15. November trat auch der Suhler Oberbürgermeister Joachim Kunze von seinem Amt zurück.

Im November geht dann auch in Suhl die Zivilgesellschaft auf die Straße. Während in anderen Städten des Bezirkes Suhl seit dem 24. Oktober immer wieder demonstriert wird, dauert es in Suhl bis zum **4. November**. Am gleichen Tag, einem Samstag, findet auf dem Berliner Alexanderplatz die größte Demonstration in der DDR statt mit rund einer halben Million Menschen. Viele Suhler haben sich diese Demonstration für Reformen und Demokratie im Fernsehen angesehen, wo sie interessanterweise übertragen wurden, bevor sie selbst ab 14 Uhr zu den Friedensgebeten „Für unser Land“ in die Stadt strömten. Um 15.30 Uhr begann die erste Demonstration in Suhl. Die Teilnehmerzahl wird auf 20.000 Personen geschätzt. Der Demonstrationzug bewegte sich durch die Innenstadt und skandierte Sprechchöre wie „Mindestrente fürs ZK“ oder „Freiheit statt Staatssicherheit“. Losungen und Plakate wurden mitgeführt. Gegen 16.15 Uhr gab es eine große Kundgebung auf dem Ernst-Thälmann-Platz, heute Platz der Deutschen Einheit, an der die neuen gesellschaftlichen Initiativen und die alten Kräfte sprachen. Zu den neuen gesellschaftlichen Kräften zählte das NEUE FORUM, das sich in Suhl am 25. Oktober konstituiert hatte. Die katholische Kirche, aber auch die Blockparteien LDPD, NDPD und CDU kamen genauso zu Wort wie Vertreter der Staatsmacht. Der stellvertretende Vorsitzende des Rates des Bezirkes für Inneres wurde allerdings ausgepiffen. An diesem Tag verloren die Suhler Bürger ihre Angst vor der Staatsmacht. Die Organisatoren wurden zum ersten Mal von Journalisten um Interviews gebeten. Damit war auch das Informationsmonopol der SED gefallen. Nach diesem Tag gelang es noch, die verschiedenen bürgerbewegten Strömungen innerhalb des NEUEN FORUMS zusammenzuhalten.

Mit der Maueröffnung und der Öffnung der Grenze zu Westdeutschland am 9. November begann allerdings dieser Zusammenhalt zu schwinden. Eine zweite geplante **Großkundgebung** des NEUEN FORUMS am **18. November** zum Thema „Reisen ist nicht alles“ besuchten nur noch 1.500 Personen. Viele Suhler Bürger genossen die neue Reisefreiheit, auch bedingt durch die Nähe zur Grenze, und die politische Arbeit gestaltete sich zunehmend schwieriger. Interessant zu erwähnen erscheint mir auch, dass sich am 11. November etwa 1.500 SED-Mitglieder auf dem Marktplatz in Suhl versammelten und eine Erneuerung der SED forderten. Doch die SED in Suhl brachte die Kraft nicht mehr auf, eigene Positionen zu entwickeln und sich in die Diskussion einzubringen.

Am **4. Dezember abends** fand schließlich auf Einladung des NEUEN FORUMS eine öffentliche Versammlung in der Stadthalle Suhl statt.<sup>6</sup> Dort stellten Vertreter des NEUEN FORUM ihre bisherige Tätigkeit und die Arbeit von 10 Arbeitsgruppen des NEUEN FORUM vor und forderten die knapp 3.000 Menschen in der Stadthalle zu Meinungsäußerungen über das Thema „Umgestaltung unseres Landes“ auf. Bereits am Mittag des 4. Dezember wurde bekannt, dass in den Gebäuden der Staatssicherheit Akten vernichtet würden. Bereits am Nachmittag verhandelte eine kleine Sprechergruppe des NEUEN FORUM mit dem Bezirksstaatsanwalt Dr. Schulze und Major Linke von der Bezirksbehörde der Volkspolizei, um den Zutritt zur Stasi-Burg zu erhalten und die Aktenschränke versiegeln zu können. Der Leiter der Bezirksverwaltung, Generalmajor Lange, sicherte dies zunächst zu, so dass eine Gruppe von 10 Leuten zusammengestellt wurde, die sich in Richtung Stasi-Burg aufmachte. Als am Ende der Stadthallen-Versammlung, gegen 21.30 Uhr diese Gruppe zurückkam und erläuterte, dass sie keine Kontrollgänge durchführen durften, brach im Saal Tumult aus und die Menge forderte eine sofortige Demonstration und die Besetzung der Stasi.

Die Mäßigungsversuche des Gesprächsleiters versandeten und die Massen, mittlerweile angewachsen auf 4 bis 5.000 Personen, strömten vor das Stasi-Tor. Ein junger Stasi-Mitarbeiter verlor die Nerven und schoss eine Tränengasgranate in die wütende Menge. Die angespannte Situation konnte zum Glück entschärft werden.

---

<sup>6</sup> Vgl. die Fotoreportage von Christian Dellit mit Fotos von Reinhard Wenzel vom 4.1.2018 auf der Webseite der Bundeszentrale für Politische Bildung <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/stasi/218545/entmachtung-in-den-regionen>, zuletzt abgerufen am 12.12.2018.

Ohnehin bemühte sich der Sprecherrat des NEUEN FORUMs den ganzen Tag, Kontakt zur Stasi herzustellen. Sie wurden allerdings nur hingehalten. Ziel der Bürgerrechtler war es, die Aktenvernichtung in der „Burg“ zu stoppen. Erst in der Nacht zum 5. Dezember wurde eine Gruppe in die Gebäude der Staatssicherheit eingelassen und der Bezirksstaatsanwalt konnte die ersten Versiegelungen vornehmen. Den noch vor dem Stasi-Gelände ausharrenden Demonstranten wurde dann um 2.30 Uhr nachts ein erster Ergebnisbericht vorgelesen.

Am frühen Nachmittag des **5. Dezember** verstellten schließlich Suhler Busfahrer die Zufahrtsstraßen und das Tor zur Bezirksverwaltung, da immer wieder LKW vom Gelände fuhren und befürchtet wurde, dass hier Akten abgefahren würden. Da das Tor zur Bezirksverwaltung nicht mehr schloss, war es nun auch Suhler Bürgern möglich, auf das Gelände und in die Räume der Bezirksverwaltung zu gelangen. Die Stasi-Leitung war nicht mehr Herr der Lage. Generalmajor Lange rief sogar im Büro des NEUEN FORUM an, und bat um Mithilfe bei der Beruhigung der Bürger. Es wurden daraufhin Bürgerwachen organisiert, die rund um die Uhr das Gelände der Staatssicherheit bewachten. Die unkontrollierte Aktenvernichtung wurde gestoppt. Am 5. Dezember 1989 stellte das MfS die Arbeit ein. Die Macht der Stasi war nun gebrochen. Generalmajor Lange wurde beurlaubt und die Volkspolizei unterstützte auf Weisung aus Berlin nun die Bürgerbewegung.

## Folgen

Damit komme ich zu den Folgen, die ich nur schlaglichtartig zusammenfassen kann. Am **6. Dezember 1989** konstituierte sich das „Aktiv Staatssicherheit“, das die Sicherstellung und Auflösung der Stasiakten organisieren sollte. Mitglieder des Aktivs waren Abgeordnete aller Parteien des Bezirkstages und der Bürgerbewegungen. Das „Aktiv Staatssicherheit“ beauftragte zudem, die Bezirksbehörde der Volkspolizei, die Waffen des MfS einzuziehen.

Am 7. Dezember übernahm die Volkspolizei die Sicherung der Hölderlinstraße und am 8. Dezember begann die Auflösung der Untersuchungshaftanstalt des MfS in Suhl. Ebenfalls am 8. Dezember lud Superintendent Kretschmann die verschiedenen unabhängigen Gruppen zu einem **Rundtischgespräch** am 13. Dezember in das evangelische Gemeindehaus ein. Themen, die besprochen werden sollten, waren unter anderen: wer die Verantwortung für die Stasi-Akten übernimmt und wo die Akten

sicher gelagert werden können. Daneben sollte über die weiteren Objekte des MfS diskutiert werden und auch besprochen werden, wie die Sicherheit der ehemaligen Mitarbeiter des MfS gewährleistet werden kann. Hintergrund für den Aufruf des ersten Sühler Runden Tisches war die Konstituierung des zentralen Runden Tisches in Berlin am 7. Dezember. An den Runden Tischen führten die Vertreter der Bürgerbewegungen und der neu gegründeten Parteien zähe Verhandlungen mit den Vertretern des alten Machtapparates. Der zentrale Runde Tisch schuf dann die Voraussetzungen für die Demokratisierung der DDR.

Am **9. Januar 1990** fand ein dreistündiger Warnstreik im VEB Fahrzeug- und Jagdwaffenwerk Suhl (Fajas) statt. Die Streikenden empörten sich über die Ministerratsbeschlüsse zu Ausgleichszahlungen für ehemalige Mitarbeiter der Staatssicherheit. Die Druckereimitarbeiter des Freien Wortes solidarisierten sich mit den Fajas-Mitarbeitern und forderten zudem ein Ende der praktizierten Berichterstattung im Freien Wort und die Öffnung für alle demokratischen Kräfte sowie die Unabhängigkeit der Druckerei von politischen Parteien. Es folgen weitere Warnstreiks in Sühler Betrieben, so am 10. Januar im Elektrogerätewerk. Auch hier die Forderung, den Demokratisierungsprozess fortzusetzen.

Am 16. Januar 1990 folgten 3.000 Sühler dem Aufruf des NEUEN FORUMS zur Demonstration. Dort wurde auch über den Fortgang der Arbeit des „Aktivs Staatssicherheit“ berichtet. Der Chefredakteur des Freien Wortes verlas bei dieser Kundgebung die Erklärung, dass das Freie Wort nun eine unabhängige Tageszeitung für Südthüringen sei und nicht mehr das Presse-Organ der SED im Bezirk.

Am **25. Januar** konstituierte sich das **Bürgerkomitee beim Rat des Bezirkes**, das eine außerparlamentarische Kontrollfunktion gegenüber dem Rat des Bezirkes ausübte.

Am **18. März 1990** stand dann ein weiteres, sehr wichtiges Ereignis an: die **Volkskammerwahl**. Die Volkskammer war bis zu dieser Wahl, die diesmal ohne Wahlfälschungen ablief, das Scheinparlament der DDR. Die Wahl am 18. März 1990 entsprach diesmal demokratischen Grundsätzen. Sieger wurde das Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ mit 48,15 %. Das Wahlbündnis bestand aus CDU, der Deutschen Sozialen Union, die ähnlich der CSU war, und dem Demokratischen

Aufbruch. Die SPD erhielt 22 % der Stimmen. Im Bezirk Suhl erreichte die CDU 50,58 % der Stimmen, die SPD erhielt 16 %, die PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus/ Nachfolgepartei der SED) 12,55 %.

Erstaunlicherweise erhielten die im Bündnis 90 zusammengeschlossenen Bürgerbewegungen NEUES FORUM, Demokratie Jetzt usw. DDR-weit nur 2,9 % und im Bezirk Suhl nur 1,88 %. Interessanterweise kam die PDS in Suhl-Stadt auf 24,9 % der Stimmen!

Der Spitzenkandidat der „Allianz für Deutschland“ Lothar de Maizière nannte dann in seiner Regierungserklärung am 19. März das Ziel die deutsche Einheit herbeizuführen. Die neu gewählte Volkskammer konstituierte sich am 5. April 1990. Meilensteine dieser nur kurzlebigen Volkskammer waren dann die Verabschiedung einer Kommunalverfassung und eines Verfassungsgrundsatzgesetzes sowie der Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der Bundesrepublik Deutschland. Des Weiteren wurde ein Sonderausschuss zur Kontrolle der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit gebildet, aus dem dann später der Bundesbeauftragte für die Unterlagen der Staatssicherheit hervorging. Am 23. August trat die DDR mit Wirkung zum 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik bei und die Volkskammer löste sich auf.

Die Runden Tische verloren im Frühling 1990 durch die entstehenden Strukturen der Volksvertretung nach westdeutschem Vorbild ihre Legitimation und ihre Arbeitsgrundlage. Sie hatten das Land zwar für gut drei Monate verwaltet und regiert, aber nun drängten die Parteien, vor allem die CDU seit ihrem überwältigenden Sieg bei der Volkskammerwahl, an die Macht. Seit diesem Wahlsieg forcierte die CDU in Thüringen die Bildung des Landes Thüringen. Im April erfuhren die Mitglieder des Suhler Runden Tisches, dass der CDU-Landesvorstand der Regierung empfohlen hatte für alle Bezirke Bevollmächtigte einzusetzen und die Runden Tische aufzulösen. Gerade die größeren Parteien sahen die Runden Tische als Provisorium, das nur vorübergehend wirken sollte. Die Bürgerrechtsbewegungen waren hierüber extrem irritiert. Die politische Gestaltung des Landes wurde nun von den Parteien der alten Bundesrepublik übernommen und die Bürgerbewegungen drangen mit ihrer Stimme nur noch schwer zur Öffentlichkeit durch.

Was nach der Wiedervereinigung folgte war die Umstellung von der Plan- auf die Marktwirtschaft. Viele DDR-Staatsbetriebe wurden privatisiert oder dichtgemacht. Die ökonomische Transformation in die Marktwirtschaft führte auch in Suhl zu Betriebsauflösungen, Massenarbeitslosigkeit, Abwanderung und Bevölkerungsschwund. Lebten 1988 noch über 56.000 Menschen in Suhl, ging seit 1990 die Einwohnerzahl stark zurück. Heute leben etwa 20.000 Menschen weniger in Suhl. Damit beende ich den Schnelldurchlauf durch die Ereignisse und Folgen in den Jahren 1989 und 1990 und komme zum Schluss.

## Schluss

Die wohl gefährlichste Situation in den Wochen der Friedlichen Revolution in Suhl war die Besetzung der Stasi-Bezirksverwaltung in der Nacht vom 4. auf den 5. Dezember. Bernd Winkelmann beschreibt es als „wahres Wunder der Gewaltlosigkeit“<sup>7</sup>. Die folgende Entwicklung der DDR im Jahr 1990 haben die Bürgerrechtler sicherlich so nicht vorhergesehen. Heute, 29 Jahre nach dieser Stasi-Besetzung und 28 Jahre nach der Wiedervereinigung scheinen die Ereignisse weit weg. Trotzdem ist es wichtig, sich mit dieser grundsätzlich positiven Wendung der Geschichte auseinanderzusetzen: So gründeten beispielsweise die Mitglieder der Suhler Kommission zur Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit das Bürgerkomitee des Landes Thüringen genau einen Tag vor der Deutschen Einheit, am 2. Oktober 1990.<sup>8</sup> Das Bürgerkomitee des Landes Thüringen hatte damals das Ziel die Aufarbeitung des DDR-Systems voranzutreiben und eine Anlaufstelle für Betroffene von SED-Unrecht zu sein. Das Bürgerkomitee arbeitet noch heute. Zahlreiche Publikationen zur Friedlichen Revolution im Suhler Raum wurden von diesem Verein herausgegeben.<sup>9</sup> Hier sind einige Beispiele aufgeführt, die sie im Übrigen über das Bürgerkomitee Thüringen, das

---

7 Winkelmann, Bernd: Friedliche Revolution 1989/90 – Das Wirken christlicher Basisgruppen. Ein Erfahrungsbericht aus dem ehemaligen Bezirk Suhl, Leipzig und Hildburghausen 2009, S. 37.

8 Vgl. zur Geschichte des Bürgerkomitees des Landes Thüringen e.V. die Webseite unter dem folgenden Link: <http://www.buergerkomiteethueringen.de/>, zuletzt abgerufen am 12.12.2018.

9 In der Studien- und Forschungsreihe des Bürgerkomitees des Landes Thüringen e.V. befassen sich mit der Friedlichen Revolution im Bezirk Suhl Heft 1 (Genossen! Glaub't mir doch! Ich liebe Euch alle! Dokumentation des Aktivs Staatssicherheit und der zeitweiligen Kommission „Amtsmissbrauch und Korruption“ des Bezirkstages Suhl, Suhl 1990), Heft 4 (Aufbruch '89. Kleine Chronik der Herbstereignisse 1989 in der Bezirksstadt Suhl, Suhl 1990), Heft 13 (Die Wende in Suhl. Das Umbruchjahr 1989/90 in der Bezirkshauptstadt Suhl, Zella-Mehlis 2002) und Heft 14 („...und sie wachten auf in Nordrhein-Westfalen!“ Die Entwicklung der Opposition in Suhl und ihr Wirken im Herbst 1989, Zella-Mehlis 2002). Vgl. die Webseite des Bürgerkomitees des Landes Thüringen e.V. <http://www.buergerkomiteethueringen.de/index.php?content=forschungsreihe>, zuletzt abgerufen am 12.12.2018.



man unter diesem Begriff auch im Internet findet, bestellen können. Heute gibt es einige Aufarbeitungsinstitutionen in Deutschland, die die wissenschaftliche Erforschung dieser jüngeren Zeitgeschichte vorantreiben. Es gibt aber auch private Initiativen, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen. Beispielsweise drehte der „Neu-Suhler“ Reinhold Tielbörger den Dokumentarfilm „Der Aufbruch“, der die Akteure der Friedlichen Revolution in Suhl zu Wort kommen lässt.<sup>10</sup>

Im nächsten und übernächsten Jahr jähren sich die Ereignisse der Friedlichen Revolution zum 30. Mal. Mit Sicherheit wird der Landesbeauftragte des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur auch in Suhl die ein oder andere Veranstaltung mit Kooperationspartnern durchführen. Wir halten Sie hierüber durch die Presse und unsere Webseite<sup>11</sup> informiert. Damit möchte ich schließen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

---

<sup>10</sup> Vgl. Informationen zur Zeitzeugendokumentation „Der Aufbruch“ auf der Webseite der Freien Wähler Suhl: <http://www.freie-wähler-suhl.de/20151006-reinhold-tielboerger-zeitzeugen.html>, zuletzt abgerufen am 12.12.2018 und unter <https://videojournalist-hannover.de/der-aufbruch/>, zuletzt abgerufen am 12.12.2018.

<sup>11</sup> Siehe <http://thla-thueringen.de/>.